

WASG

Partei Gründung in Nürnberg

Die sog. neue Linkspartei in Deutschland geht ihren Weg nach wie vor mit beachtlicher Ranzanz. Mittlerweile sind in allen Bundesländern Landesorganisationen gebildet worden und Ende November fand in Nürnberg die ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Vereins »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« statt. Gut 6000 Mitglieder haben sich bis heute als Vereinsmitglied registrieren lassen und nehmen derzeit an einer Mitgliederurabstimmung auf dem Postweg teil, wo die Frage, ob der WASG-Verein in eine gleichnamige Partei umgewandelt werden soll, mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Das Ergebnis – so viel ist nach der Nürnberger Konferenz klar – wird zwischen eindeutig und einstimmig liegen. Die WASG-Anhängerschaft will eine neue Linkspartei und das so schnell wie möglich.

Es gab auf der Nürnberger Konferenz noch mehr zu erkennen. Die große Mehrheit des WASG-Vereins will eine echte Linkspartei. Eine Partei, die anders ist als die bestehenden Parteien, die sich aktiv in den Widerstand gegen die Agenda 2010 der Bundesregierung einschaltet, die an der Seite von Arbeiterkämpfen wie jüngst im Opelkonzern steht und die sich der weltweiten Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung verbunden fühlt. Gleichzeitig soll diese Partei in ihrem inneren Funktionieren sehr basisorientiert und demokratisch sein und dabei nicht nur die von der Grünen in ihrem radikalen

Anfangsstadium thematisierten Fragen erneut aufgreifen wie Ämterhäufung, Rotation, Frauenquotierung, sondern noch darüber hinausgehen und insbesondere die neuen Möglichkeiten einer direkten Basisdemokratie, die sich aus Internet und neuen Medien ergeben, ausnutzen.

In der Aussprache über die Tätigkeit des bisherigen Vorstands wurde in Nürnberg allerdings auch deutlich, dass in dem Verein nicht geringe Kräfte wirken, die das Projekt in eine andere Richtung treiben wollen. Es ist festzustellen, dass die heftige Anfangsbegeisterung für das Projekt einer neuen Linkspartei merklich nachgelassen hat. Die großen Medien haben ihren Anfangsschrecken schnell abgelegt und neigen überwiegend zum Verschweigen der WASG-Vorgänge. Die Eintritte neuer Mitglieder sind nur noch vereinzelt. Sehr viele vom Projekt WASG zunächst aufgerüttelte Interessierte warten erst einmal ab. Ein beträchtlicher Teil der organisierten Linken, ohne den eine neue Linkspartei von Beginn an beanamputiert wäre, hat die Unterstützung eingestellt oder zurückgeführt. Und vor allem: das erfreulich erfrischende Hineinwirken der WASG in die spröde offizielle Gewerkschaftsbewegung hat schon wieder nachgelassen.

Schrill und bunt – oder gar nicht

Wer in der Politik einen von vielen Seiten entgegenschallenden gesellschaftspolitischen Auftrag nicht begreift und erledigt, wird mit Vergessen und Verachtung nicht unter zehn Jahren bestraft.

Als im Frühjahr dieses Jahres die Idee einer »Wahlalternative« zur neoliberalen Einheitspartei in Berlin aufkam, war allen sofort klar: es wird keine »Wahl«, sondern eine aktive, handlungsfähige Aktionsalternative benötigt und zweitens: das wird die neue Linkspartei sein müssen. Selbst die sonst in jeder Hinsicht beherrschte Bürgerpresse konnte sich die Anerkennung nicht verkneifen, dass hier eine richtige Idee zur richtigen Zeit lanciert wurde: Die neue Linkspartei war, und ist es jeden Tag mehr, eine zwingende Notwendigkeit in der politischen Landschaft Deutschlands.

Dem erfahrenen Linkspolitiker ist völlig klar, dass ein solches Projekt den klassischen Weg gehen wird: die »Basis«, der breite gesellschaftliche Wunsch in Gewerkschafts- und anderen sozialen Bewegungen, bei Erwerbslosen und Beschäftigten ist radikaler als es die Gründerelite aus Gewerkschaftsfunktionären, Ex-Sozialdemokraten und gescheiterten Linken selbst sein mag oder kann. Das einzige Parteibildungsprojekt in der deutschen Geschichte, wo es andersherum war, ist die Partei der Grünen. Das wird für lange Zeit wohl auch die Ausnahme bleiben, und die Grünen-Funktionäre sind ja auch schon lange an ihre rechtliche Basis angepasst und zum neoliberalen Vortänzer geworden.

Aber dass maßgebliche Wortführer der WASG das Projekt einer neuen Linkspartei derart verleugnen und die Anfangsstimmung so heftig wegorganisieren, hat schon längst die Stufe erreicht, wo das Projekt insgesamt gefährdet ist. Es gibt bei Klaus Ernst, Thomas Händel und ähnlich denkenden Genossen die Vorstellung, die WASG nach Art eines Gewerkschaftstages zu organisieren: glatt, harmonisch, ohne Gegenrede und der Führung ergeben. Gleichzeitig wird im öffentlichen Auftritt versucht, den Eindruck zu erwecken, die neue Linkspartei tritt geräuschlos und salonfähig an wie die vergreiste Sozialdemokratie.

Das wird nichts geben: Entweder die neue Linkspartei ist laut, schrill, bunt, voller Widersprüche und vor allem rebellisch gegenüber dem Mainstream des Bestehenden, oder sie wird nicht sein.

T.G.

Dieses Abklingen der Anfangsbegeisterung ist zu einem wesentlichen Teil bewusst oder unbewusst von führenden WASG-Vertretern herbeigewirkt worden. Nicht wenige Führungskräfte versuchen, den Verein und die kommende Partei wie einen Gewerkschaftskongress der alten Art aufzubauen. Die Führungsriege gibt zigfach durchgekaut und langweilige Vorgaben in Sachen Programm, Statut und öffentlichen Erklärungen, und möglichst niemand soll andere Töne anschlagen oder gar widersprechen.

In die Mikrofone der bürgerlichen Medien wird die vor allem von Gewerkschaftsbürokraten bekannte und so viele Aktive in die Verzweiflung treibende staatsmännische Zurückhaltung geübt. Da will man plötzlich nicht mehr »Linkspartei« sein oder platziert solch haarsträubende Floskeln, dass die WASG in »der Mitte des linken Lagers stehe«. Auf mehreren örtlichen und regio-

nalen Schauplätzen spielen sich zusätzlich einzelne WASG-Leute wie kleine Autokraten auf und sehen in der WASG ihr eigenes Fürstentum, das von allen plebejischen Elementen gereinigt werden muss. Der Bundesvorstand sieht sich völlig grundlos genötigt, mittels Kommisaren in Landesverbände hinein zu regieren, wie vor allem in Berlin geschehen.

Der Verein WASG hat in Nürnberg und auf danach folgenden Treffen beschlossen, an den Landtagswahlen im Mai in NRW teilzunehmen. Auch dies geschah gegen den eigentlichen Willen mehrerer der Bundesgrößen. Der Beschluss ist allerdings kaum noch zu kippen. In den NRW-Städten und -Orten laufen die Aktionen schon auf Hochtouren. Das hat zwar etwas von einer »Augen-zu-und-durch-Taktik«, aber es sind sehr viel Begeisterung und Elan zu spüren.

Thies Gleiss
(Aus: SoZ Nr. 1, Januar 2005)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen

Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Der Kampf um umfassende Emanzipation auf ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ